

Zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts

Rede von Michael Solf MdL vor dem Landtag
Nordrhein-Westfalen
gehalten am 29. Juni 2011

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

„Es gibt Dinge, über die sollte es keinen politischen Streit geben.“
Zu diesem Satz hat sich vermutlich jeder von uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, schon einmal bekannt. Und dennoch ist er falsch. In einem demokratischen Gemeinwesen darf es nämlich eigentlich kein Thema geben, das man der politischen Auseinandersetzung entzieht. Wer Fragen und Themen von vornherein der politischen Diskussion entziehen will, der will im Allgemeinen seine eigene Meinung absolut setzen. Es gibt aber – und heute wird das deutlich – es gibt aber Themen, da liegen die Antworten so deutlich auf der Hand, dass sich Streit nicht wirklich lohnt. Die Notwendigkeit der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften liegt auf der Hand. Dafür bin ich, sind wir gerne bereit zu streiten! So haben wir – CDU, SPD, Grüne und FDP – seit 2005 in der Parlamentarischen Arbeitsgruppe „Islam-Dialog“ in ehrlicher Gemeinsamkeit an diesem Ziel gearbeitet. Ich danke allen betreffenden Kolleginnen und Kollegen dafür. Und so

bringen wir heute mehrheitlich gemeinsam diesen Gesetzentwurf in die parlamentarische Beratung ein.

„Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.“ So hat es Kurt Schumacher gesagt. In Nordrhein-Westfalen leben rund 1,5 Millionen Menschen, die sich zum Islam bekennen. Darunter sind über 320.000 schulpflichtige Kinder und Jugendliche. Die meisten sind mittlerweile Deutsche und Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen. Insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen überwiegt die Zahl derjenigen, die hier geboren wurden, die Zahl der Eingewanderten bei Weitem. In einer rheinischen Großstadt beispielsweise ist Stand heute in 20 von 42 Grundschulen mehr als ein Fünftel der Kinder muslimischen Bekenntnisses. In sechs von ihnen liegt die Zahl bei über einen Drittel. Der Spitzenwert beträgt 60%, im Bereich der Bekenntnisschulen 44%. Noch längst nicht jeder will das hören, aber unsere Gesellschaft hat sich verändert. Verantwortungsvolle Politik muss diese Veränderungen als Tatsache akzeptieren. Weggucken wäre unverantwortlich. Und so nenne ich auch Konrad Adenauer: „Die Situation ist da!“

Und weil die Dinge nun einmal so sind, wie sie sind, haben wir vor allem anderen eine *Pflicht*. Wir haben die Pflicht, den jungen Menschen muslimischen Glaubens, die in unserem Land leben, die gleichen Bedingungen zu schaffen, wie sie für die jungen Menschen christlichen Bekenntnisses gelten. In unserem Land besteht Schulpflicht. Deutsch und Mathematik müssen gelernt werden, Musik und Sport und vieles andere. Dem kann sich niemand entziehen. Und unsere Gesellschaft hat sich auch entschieden, den

Kindern, die in die Schule gehen müssen, bekenntnisorientierten Religionsunterricht zur Verfügung zu stellen. Das muss auch für junge Muslime gelten. Und das müssen wir jetzt organisieren. Das ist ein Gebot der *Fairness*.

Die Einrichtung eines islamischen Religionsunterrichts unter staatlicher Aufsicht ist aber gleichzeitig auch ein Gebot der *Klugheit*. Wir tun es nicht nur, weil wir verpflichtet sind, fair zu sein und die Interessen und den Glauben unser muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ernst zu nehmen, wir tun es durchaus auch im Eigeninteresse unserer Gesellschaft. Wir organisieren den islamischen Religionsunterricht genau wie den Religionsunterricht überhaupt unter staatlicher Aufsicht. Er muss in deutscher Sprache stattfinden, und die Lehrerinnen und Lehrer, die das Fach unterrichten, müssen – nur das kann das Ziel sein – wie alle anderen Lehrerinnen und Lehrer an deutschen Hochschulen ausgebildet sein. Denn unser Land ist zwar kein laizistischer Staat wie Frankreich oder Portugal, aber wir leben in einer Gesellschaft, in der sich auch die Religion im Rahmen des Grundgesetzes bewegen muss. Das Bildungsmonopol hat der Staat. Da gibt es klare Regeln. Und die gelten nicht nur für die christlichen Kirchen, sondern auch für die islamischen Gemeinschaften.

Unser Interesse ist es auch, den islamischen Religionsunterricht als *Tür zur Integration* zu verstehen. Wenn wir bekenntnisorientierte Unterweisung aus unseren Schulen ausschließen würden, dann dürften wir uns nicht wundern, dass diejenigen, die einer so ausgeschlossenen Religion anhängen, das staatliche Schulsystem als fremd empfinden würden. Wer will, dass Religionsgemeinschaften

keine Parallelgesellschaften fördern, der muss ihnen auch auf allen Ebenen Teilhabe und Zugang zu unserem durch das Grundgesetz definierten Gemeinwesen geben. Alles andere wäre widersinnig.

Lassen Sie mich diesen Gedanken vertiefen: Mit der bei uns im alltäglichen Sprachgebrauch leider oft immer noch üblichen Aufteilung zwischen *uns* – „wir hier“, die Autochthonen – und den Fremden – „die da“, die Allochthonen, die Andersgläubigen – tun wir in dieser gedanklichen Unschärfe zunächst einmal Unrecht und zwar zum Einen den Konvertiten und zum Anderen den vielen, die, zwar aus Familien mit einer früheren Zuwanderungsgeschichte kommend, aber doch längst nicht nur eingebürgerte Deutsche sind, sondern voll und ganz dazu gehören. Also „normale“ Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Gesellschaft, nicht Bosnier oder Marokkaner oder Türke bzw. Kurde mit deutschem Pass, sondern Deutscher mit bosnischer, marokkanischer, türkischer bzw. kurdischer Herkunft, im örtlichen Verschönerungsverein, im Kegelklub, in der Karnevalsgesellschaft und bei den Schützen, im Berufsverband, in der Ortspartei, in der Kirchengemeinde oder interreligiösen Zusammenkünften.

Mit dieser beklagenswerten Aufteilung zwischen „uns hier“ und „denen da“ vergessen wir aber auch nur allzu leicht die Frage: Wer sind denn *wir*, die aufnehmende Gesellschaft? Was macht denn unsere Identität aus? Wohinein wollen wir jemanden integrieren? Die *Unklarheit* darüber galt lange als Beweis von Liberalität. Aber Integration, erst recht die von Angehörigen einer anders gelebten Religion, geht nicht ohne ein gewisses Maß an Identifikation, Identifikation mit unserer Kultur und unserer Art zu leben und ganz

viel Identifikation mit unserer gesellschaftlichen und staatlichen Verfassung. Wenn wir aber nun, wie allzu lange geschehen, *nicht* ein mit der Identifikationserwartung einhergehendes Identifikationsangebot machen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Zuwanderer andere Identifikationsangebote religiöser Art annehmen bzw. angenommen haben und zwar solche, die *nicht* mit unseren Identifikationserwartungen vereinbar sind.

Das einigende Band, die Identifikation, die wir erwarten dürfen, das ist unser Grundgesetz, und nach dessen Artikel 7 III suchen wir, ja müssen wir nach Mitteln und Wegen suchen, den vielen bei uns lebenden Menschen islamischen Glaubens für ihre Kinder die Möglichkeit des Religionsunterrichtes als einer *res mixta* zwischen Staat und Partner des Staates, der natürlich eigenständig und unabhängig sein muss, zu geben, wohl wissend, dass es die „Religionsgemeinschaft Islam“ nicht oder noch nicht gibt, und ebenso wissend, dass die Bestimmungen unserer großartigen freiheitlichen Verfassung, unseres Grundgesetzes, für manch einen eine ziemliche Herausforderung sind, denn der Kern aller Schwierigkeiten zwischen der westlichen und der islamischen Kultur liegt eben im Verhältnis von Religion und Politik. Wolfgang Schäuble hat auf der von ihm initiierten DIK (Deutsche Islamkonferenz) die Schwierigkeiten zutreffend beschrieben; ich zitiere einerseits: „Es bedarf nicht die Verfassung einer Reform, sondern die Muslime müssen ihre für alle gleichen Chancen auch nutzen.“ Und andererseits: „Das deutsche Staatskirchenrecht wird seine Zukunftstauglichkeit dadurch erweisen müssen, dass es eine Integration des Islam ermöglicht.“ Und deshalb die Beiratslösung. Der Beirat ist Ersatz,

nicht Äquivalent für Religionsgemeinschaft. Religionsunterricht ist keine Bringschuld des Landes. Er ist – ich zitiere von Campenhausen in der von bestimmten Bischöfen leider kaputt gemachten Wochenzeitung Rheinischer Merkur – „über die für alle gleiche Religionsfreiheit hinaus eine staatliche Begünstigung für Religionsgemeinschaften. Sie müssen durch ihre innere Ordnung und die nachgewiesene Zahl ihrer Mitglieder die verfassungsmäßigen Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehört auch der Nachweis des Einstehens für die Verfassungsordnung als Werteordnung. Zentral sind dabei die Ablehnung von Gewalt, die Anerkennung der Grundrechte, d.h. also auch die Anerkennung der Weltlichkeit, d.h. der religiösen Neutralität des Staates, und das Recht des Einzelnen, die Religionszugehörigkeit aufzugeben.“

Die anderen Problempunkte, die missliche Weisungsgebundenheit der Dachverbände an staatlichen und halbstaatlichen Stellen außerhalb unserer Staates, die wünschenswerte Einbeziehung der vielen säkularisierten Muslime, die Rechtsunsicherheiten bei den Kontroll- und Durchgriffsrechten bei der Lehrerausbildung, die unumgängliche Freiheit von Forschung und Lehre und das aufgeklärt-kritische Niveau des Religionsunterrichts hierzulande, dies alles will ich hier, wie schon früher, nur nennen, aber nicht vertiefen.

Im Eigeninteresse unserer Gesellschaft liegt es also, die führenden Vertreterinnen und Vertreter der islamischen Organisationen beim Wort zu nehmen. Wir hören seit vielen Jahren Bekenntnisse zur Integration, aber einem ernsthaften Test weichen wir manchmal aus. Mit der Einführung des islamischen Religionsunterrichts wird das anders werden. Dann wird sich die Mehrzahl der Wortführer

der islamischen Gemeinschaften, die es seit langem ernst meinen mit dem Bekenntnis zu einer den deutschen Lebensverhältnissen angepassten Ausprägung des Islam, von der Minderheit derjenigen trennen, die Integration nur reden und ansonsten Loyalitäten außerhalb unseres Landes folgen. Ich hoffe sehr, dass sich der Weg zu einer spezifisch europäischen islamischen Kultur verbreitern wird und dass diejenigen am Wegesrand zurückbleiben, die den Interessen eines anderen Staates oder gar einer Dominanz der Religion über den Staat verpflichtet sind. Ein solcher Klärungsprozess wird Integration vereinfachen und nicht erschweren. Auch das ist unser wohlverstandenes Eigeninteresse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir abschließend einige Bemerkungen, die vielleicht nicht mehr jeder hier im Saal gerne hören wird. Sie betreffen nicht die Notwendigkeit des islamischen Religionsunterrichts an unseren Schulen. Und hier geht es auch nicht mehr um Fairness gegenüber jungen Muslimen oder um das Eigeninteresse des Gemeinwesens Deutschland. Es geht um die Rolle der Religion in unserem Land. Denn der islamische Religionsunterricht, den wir mit einer breiten Mehrheit in diesem Hause wollen, dieser Religionsunterricht ist eben nicht nur Religionskunde. Es soll sich bei ihm – genauso wie beim evangelischen oder katholischen Religionsunterricht – um einen *bekennnisorientierten Unterricht* handeln. Es geht nicht nur darum, die Geschichte der Religion zu lernen und ihre Gebote und Maxime intellektuell nachzuvollziehen und zu befragen. Es geht auch um das Glauben an sich. In einer Zeit, in der sich kirchliche Veranstaltungen in Deutschland gerne

darin erschöpfen, Kerzen von rechts nach links tragen zu lassen und mehr oder weniger weise Fragen der Politik zu behandeln, in einer solchen Zeit kann die Implementierung einer nach wie vor kraftvollen Religion, wie es der Islam ist, nicht folgenlos bleiben. Muslime bringen Religion in ein sich entreligionisierendes Europa, bringen Religion, diesen – ja, das hat Karl Marx gesagt – diesen „Seufzer der bedrängten Kreatur“. 80% der Weltbevölkerung können als religiös gelten; in unseren unglücklich aufgeklärten Breiten ist das Talent der Transzendenz verkümmert. Da schwimmt man in einem Meer von Relativierungen, und da wird man jetzt konfrontiert mit gläubigen Menschen, die zumeist auf eine viel einfachere Weise glauben. Ich stimme Erzbischof Robert Zollitsch, Präses Nikolaus Schneider und Metropolit Augustinos zu, die noch in Mai dieses Jahres gemeinsam gesagt haben: „Religiöse Bildung hilft, sprach-, auskunfts- und dialogfähig zu werden.“ Die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in unseren Schulen wird daher nicht zuletzt – das hoffe ich – auch dazu führen, dass sich nicht nur unsere Kirchen, sondern auch wir alle wieder stärker mit den Kernfragen von Glauben und Religion beschäftigen. Einmal im Herzen unserer Gesellschaft angekommen, wird der Islam nicht nur die christlichen Glaubensgemeinschaften konstruktiv herausfordern, er wird auch der längst religiös indifferenten Mehrheitsgesellschaft einen klaren Spiegel vorhalten. Ich kann Ihnen versichern, dass diejenigen, die heute immer noch an der Meinung festhalten, Integration sei Respekt vor den Ernährungsgewohnheiten des jeweils anderen und ließe sich durch ein multikulturelles Buffet herbeifeiern, eines anderen belehrt werden. Religion wird wichtiger werden in unserer Gesellschaft – und vielfältiger. Über den Erfolg von

Integration in unserem Land wird nicht zuletzt unser Umgang mit dem religiösen Pluralismus entscheiden. Das ist eine Tatsache. An der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an unseren Schulen führt daher kein Weg vorbei. Für viele Menschen ist sein Gelingen schicksalhaft.

Ich danke Ihnen!